

Politischer Bericht No.73/20.

Berlin, den 8. Dezember 1920.

Herr Bundespräsident,

Ministerialdirektor v. S i m s o n sprach mir letzter Tage davon, daß die Schweiz auf die K o h l e n m e n g e verzichtet habe, die ihr nach Wirtschaftsabkommen für den Monat Dezember aus Deutschland zu liefern gewesen wäre und zeigte sich sehr erfreut über dieses Entgegenkommen. Die Tatsache, daß mir keine bezügliche Mitteilung aus Bern gemacht worden ist, berechtigt mich zu der Annahme, daß Herr v. Simson sich irrt oder daß irgend ein Mißverständnis vorliegt. Immerhin gab diese Mitteilung mir den willkommenen Anlaß, Herrn v. Simson über die Lage der d e u t - s c h e n K o h l e n f ö r d e r u n g u n d - v e r s o r - g u n g zu befragen. Er sagte mir, daß zur Zeit die Förderung zwar befriedigend sei und daß auch die Durchführung von Über-

An den

Chef des Eidgenössischen Politischen Departementes,

Herrn Bundespräsident M o t t a ,

B E R N .

schichten und Ueberstunden seitens der Arbeiterschaft widerspruchslos angenommen werde, daß aber die Mengen, welche für die deutsche Industrie erübrigt werden können, durchaus ungenügend seien. Aber, so fügte er bei, die Aussichten für die Zukunft sind nach Ansicht unserer Sachverständigen günstig, weil mit Bestimmtheit angenommen werden kann, daß der Weltmarktpreis der Kohle schon gegen das Frühjahr hin bedeutend sinken und vielleicht das Niveau des deutschen Inlandspreises erreichen wird. Dieser Vorgang wird veranlaßt durch das rapide Sinken der Frachtsätze für die Seetransporte und durch die gewaltige Steigerung der Förderung, welche seit dem letzten großen Streik in England eingesetzt hat. England will und muß um jeden Preis seine Kohle im Ausland absetzen und Amerika wird infolge der Herabsetzung der Frachten mit England konkurrieren können und wollen.

Wenn aber englische und amerikanische Kohle zu wesentlich billigeren Preisen erhältlich ist, besteht für die Entente gar keine Veranlassung mehr, von Deutschland die entgeltliche Abgabe von Kohle zu verlangen, welche nicht billiger und auch nicht besser geliefert werden könnte. Diese Ueberlegung erweckt in deutschen Kreisen nicht ungemischte Freude, denn man gibt sich sehr wohl Rechenschaft darüber, daß bei der vorgesehenen Entwicklung der Dinge für Deutschland die Möglichkeit entfallen würde, seine Kohle zu günstigen Bedingungen nach dem Auslande abzugeben und sich dadurch Devisen zu verschaffen. Diese Ueberlegung hat sogar, wie mir Simson

- 3 -

sagte, in Fachkreisen schon zu der Frage geführt, ob Deutschland nicht zu einer Ueberproduktion gelangen werde, wenn es die Ueber-schichten und Ueberstunden noch weiter fördere. Ich kann natürlich nicht beurteilen, ob die vorstehenden Ueberlegungen in allen Teilen zutreffend sind, aber das kann ich feststellen, daß hier ziemlich allgemein die Ansicht besteht, daß die Kohle bald wesentlich billiger werden dürfte. Diese Wahrscheinlichkeit wird natürlich eine große Rolle spielen müssen bei den bevorstehenden Verhandlungen mit der deutschen Regierung wegen des Fortbestandes des Kohlenlieferungsvertrages aus Zeche "Präsident". Wenn nämlich der Weltmarktpreis niedriger wird, reduzieren sich automatisch die Abgaben für Kohläusfuhr, die sich bekanntlich nach der Differenz richten zwischen dem Inlandspreis der deutschen Kohle und dem Weltmarktpreis, und wenn diese Abgaben geringer werden, vermindert sich ganz von selbst das Bedenken der deutschen Regierung gegenüber dem Verzicht auf diese Abgaben. Andererseits vermindert sich freilich auch unser Interesse an dem Vertrage durch das allgemeine Sinken des Kohlenpreises und die genügende Abgabemöglichkeit aus deutschen Zechen.

Mit dem Ernährungsminister Hermes, dem viel Angefeindeten, besprach ich neuerdings wieder die Ernährungslage. Er wiederholte, daß die Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln sehr unbefriedigend sei und daß sich infolgedessen die Ernährungsverhältnisse namentlich in den Städten weiterhin verschlechtert hätten. Ganz besonders schlimm stehe es

mit der Milchversorgung, die an sich schon im höchsten Grade gefährdet sei und nun durch die unvernünftigen Forderungen der Entente auf Abgabe der vielen Milchkühe bzw. der tragenden Rinder, die in Bälde Milchkühe werden sollten, aufs schwerste beeinträchtigt werde.

Tatsächlich ist das Minimum von Milch, welches bisher den Kindern und Kranken in Berlin noch gewährt worden war, neuestens weiter eingeschränkt worden. Auch den Diplomaten, die sich nicht auf ein Krankheitszeugnis berufen können, ist jeder Bezug von frischer Milch versagt worden, während wir bisher einen Liter Milch pro Haushalt erhalten konnten. Minister Hermes meint, es könne dieser Milchnot unmöglich abgeholfen werden, solange die Zufuhr von Kraftfuttermitteln nicht ermöglicht werde. An diesen Futtermitteln fehle es eben vollständig und dieser Mangel treffe die deutsche Volkswirtschaft beinahe noch schwerer als derjenige des Brotgetreides. Letzteres sei gegen teures Geld noch erhältlich und werde nun wohl auch billiger werden, wenn die Seefrachten sich vermindern.

Die Ernährungslage ist also, allgemein gesprochen, noch sehr schlecht und es erklärt sich wohl daraus, daß die Lebensmittelpreise immer noch im Steigen sind, während doch die Rohmaterialien stark im Preise heruntergegangen sind und entsprechend auch ein Abschlag auf den Preisen verschiedener Bedarfsartikel eingetreten ist.

- 5 -

Verkehrsminister Gröner sagte mir gestern, daß die Verbesserung des deutschen Lokomotivparkes langsamer von statten gehe, als er vorausgesehen hatte, weil die Ablieferung aus den Konstruktions- und Reparaturwerkstätten unendlich langsamer erfolge; die Folgen des achtstündigen Arbeitstages machen sich eben dabei in sehr bedenklicher Weise geltend.

Andererseits ist Herr Gröner mit der Haltung und der Arbeitslust der Eisenbahner wohl zufrieden und überzeugt, daß in absehbarer Zeit die alte Ordnung und Pünktlichkeit des Dienstes wieder hergestellt sein werde.

Bei gleichem Anlasse hatte auch einer meiner Mitarbeiter eine Unterredung mit Gröner über die Gefahren der bolschewistischen Bewegung und über die Bemühungen des Völkerbundes zur Hebung der Verkehrsverhältnisse. Herr Gutzwiller berichtet mir darüber wie folgt:

"Die Welle des Bolschewismus ist nach Minister Gröner überwunden. Vor allem, meinte der Minister, habe die Schweiz nicht den geringsten Anlaß zu Befürchtungen; eine Gefahr für sie kann nur aus der Infektion entstehen, und da legt sich doch zwischen den Norden und die Schweiz die breite gesunde Schicht der süddeutschen Staaten. Und der "Norden"! Auch hier zieht der Bolschewismus nicht mehr, man sieht das am besten bei den Eisenbahnleuten, die wollen zu essen haben und leben können und wissen schon ganz genau, daß sie das von links nicht zu erwarten haben.

- 6 -

Wir sprachen dann von den Bemühungen des Völkerbundes zur Hebung der Verkehrsverhältnisse. Gröner hält diese Bestrebungen für sehr ersprießlich, glaubt aber, der Weg des direkten Einvernehmens zwischen Fachleuten sei bei weitem vorzuziehen. Er spricht mit Genugtuung von den Arbeiten der derzeitigen Berner Konferenz, bei welcher ein guter Geist herrsche. Nur die Franzosen machten noch ziemliche Schwierigkeiten und zeigten sich untraitabel. Gröner werde solche technischen Konferenzen möglichst befürworten."

Der Englische Botschafter frug mich dieser Tage nach den Berichten, die ich über den Verlauf der Verhandlungen des Völkerbundes in Genf erhalte und wünschte zu erfahren, welches die Eindrücke seien, die man in der Schweiz und die ich persönlich von den bisherigen Verhandlungen gewonnen habe. Insbesondere schien Lord Abernon wissen zu wollen, ob der Gedanke des Völkerbundes und die Autorität dieser Institution durch den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu- oder abgenommen habe. Ich mußte natürlich darauf antworten, daß ich von meiner Regierung gar keine sachbezüglichen Mitteilungen erhalten habe und mich auch nicht darüber aussprechen könne, welches die Eindrücke in der Schweiz seien. Dagegen trug ich kein Bedenken zu sagen, daß mein persönlicher Eindruck derjenige einer gewissen Enttäuschung sei und daß sich diese Enttäuschung ganz besonders auf die Stellungnahme der französischen Delegation stütze - als ich so zu Lord d'Abernon sprach, war der Schritt Argentinien

noch nicht bekannt. Der Botschafter antwortete mir nur, daß die englische Regierung die Sache des Völkerbundes sehr ernst nehme und alles daran setzen werde, diesem großen Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen. Persönlich schien Lord d'Abernon eher den Eindruck zu haben, daß die Art, auf welche die Versammlung ihre Aufgabe erfaßt habe, geeignet sei, deren Autorität zu stärken.

Hier in Deutschland scheint mir aus nahe-
liegenden Gründen der Eindruck allgemein ungünstig zu sein und infolgedessen ist auch die Stimmung der Anschlußfreunde nichts weniger als zuversichtlich. Ich schrieb Ihnen schon, daß die Stellungnahme der Vereinigten Staaten und die Behandlung der verschiedenen Aufnahmege-
suche, insbesondere die vorbehaltlose Aufnahme Oesterreichs, hier sehr ungünstig gewirkt haben. Man erblickt speziell in der Aufnahme Oesterreichs eine Demonstration gegen Deutschland und gegen den Gedanken des Anschlusses von Oesterreich an Deutschland und findet, der Völkerbund hätte sich nicht in dieser Weise zum Vollstrecker und Werkzeug des Versailler Vertrages machen lassen sollen.

Der neueste Schritt A r g e n t i n i e n s hat natürlich die an sich schon vorhandene Mißstimmung verschärft und bei vielen Leuten den Eindruck bestärkt, daß der Völkerbund in seiner dermaligen Anlage nicht haltbar sei und ersetzt werden müsse durch ein ganz neues Gebilde, zu dessen Schaffung die Initiative des neuen Präsidenten von Nordamerika den Grundstein legen werde. Was ich Ihnen hier sage, ist nicht als die Meinung des Auswärtigen

Amtes anzusprechen, denn ich hatte noch keine Gelegenheit, mit den Herren darüber zu sprechen, sondern ich gebe Ihnen hier nur die Eindrücke wieder, die ich bei Gesprächen mit einigen Abgeordneten zum Reichstag und mit Vertretern der Presse gewonnen habe.

Um Ihnen zu zeigen, wie die Presse derjenigen Parteien, die bisher für den Völkerbund eingetreten sind, die Lage beurteilt, übergebe ich Ihnen beiliegend je einen Ausschnitt aus dem "Vorwärts" vom 6. Dezember, dem "Berliner Tageblatt" vom 7. Dezember und der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 8. Dezember. Der sozialistische "Vorwärts" feiert in einem begeisterten Artikel die "Großtat Argentiniens", im demokratischen Berliner Tageblatt vertreten dessen Korrespondenten aus Genf und dem Haag die Ansicht, daß "ein tiefer Riß durch die Vollversammlung geht" und die "Deutsche Allgemeine Zeitung", die immer noch das offiziöse Blatt der Regierung ist, läßt ihren Korrespondenten aus Genf den Standpunkt vertreten, daß "diese Episode viel tiefer gehe, als man anfänglich anzunehmen geneigt war".

Daß die rechtsstehenden Blätter die Ergebnisse von Genf durchaus ablehnen, bedarf keiner weiteren Ausführung. Es hat mich interessiert zu hören, wie die Kreise der deutschen Liga für den Völkerbund über die Lage denken und ich habe deshalb gestern mit dem Berichterstatter dieser Liga in Genf, der zur Berichterstattung und Beratung hierher berufen worden war, eine Besprechung gepflogen. Herr Wolfgang Schwarz anerkannte und bedauerte die ablehnende Haltung der deutschen

öffentlichen Meinung und der Presse und war auch der Ansicht, daß der Verlauf der bisherigen Verhandlungen in Genf zu einer ziemlich allgemeinen Enttäuschung geführt habe, aber er sprach seine persönliche Ansicht dahin aus, daß doch manche ersprießliche Arbeit geleistet worden sei und daß weiterhin solche erwartet werden dürfe. Nach Schwarz sind die Kreise der deutschen Liga einmütig der Ansicht, daß Deutschland nicht nur nichts gegen den Völkerbund in seiner jetzigen Gestalt unternehmen dürfe, sondern daß im Gegenteil von deutscher offizieller Seite das Mögliche getan werden müsse, um das Ansehen und die Kraft des bestehenden Bundes zu heben und ihm dadurch die Autorität zu geben, deren er unbedingt bedürfe, um die Hegemonie einzelner Großmächte zu brechen. Diese Haltung der deutschen Liga stütze sich in erster Linie auf die Tatsache, daß Deutschland den Versailler Vertrag unterzeichnet und dadurch den Völkerbund in seiner dermaligen Gestalt anerkannt habe. Und zweitens gehen die Herren der Liga von der Ueberlegung aus, daß ein Misserfolg dieses Bundes keineswegs zu einem Erfolg des andern, etwa eines amerikanischen Völkerbundes, sondern nur dazu führen würde, den Gedanken des Völkerbundes zu diskreditieren und das Nichts an die Stelle des unvollkommenen Etwas zu setzen. Und endlich lassen sich die Herren von der Ueberzeugung leiten, daß der Bund auch in seiner jetzigen Gestalt nützliche Arbeit verrichten könne und jedenfalls besser sei als nichts. Diese Gedanken faßte Schwarz in die Worte zusammen: Deutschland kann vorläufig nicht im Völkerbund, aber es soll für den Völkerbund sein.

Mein Gewährsmann hat diese Auffassung der deutschen Liga auch dem Reichsminister Simons gegenüber vertreten, er weiß aber nicht, wie der Minister sich dazu verhält. Zweifellos wird Simons den nächsten sich bietenden Anlaß benützen, um darüber im Reichstag zu sprechen. Dem argentinischen Zwischenfall maß Herr Schwarz keine sehr große Bedeutung bei. Ich betone: Die vorstehenden Ansichten der Liga werden vor der Hand jedenfalls nur von den allerwenigsten Deutschen geteilt, aber es ist möglich, daß Herr Simons denselben zugänglich sein wird. Die weitere Entwicklung der deutschen Meinung wird ganz wesentlich davon abhängen, wie die amerikanischen Staaten sich weiter verhalten werden. Der hiesige argentinische Gesandte hat sich einem meiner Bekannten gegenüber dahin ausgesprochen, daß sämtliche amerikanischen Staaten mit Einschluß von Kanada dem Schritte Argentiniens sympathisch gegenüberstehen und daß der Art. 10 des Statuts von allen diesen Staaten einmütig und entschieden abgelehnt werde. Der argentinische Gesandte hat sich bei diesem Anlasse sehr anerkennend ausgesprochen über die Haltung der Schweiz und hat es als ein Glück bezeichnet, daß der Kongreß in der Schweiz tage und nicht in Brüssel, weil die Atmosphäre von Brüssel es den kleinen Staaten noch mehr erschwert hätte, sich geltend zu machen.

Da ich gerade von Brüssel spreche, will ich beifügen, daß die deutschen Delegierten zu der Konferenz der Sachverständigen noch nicht ernannt sind, daß man aber annimmt, einer dieser Experten werde Stinnes sein. Im Auswärtigen Amt

sieht man den Verhandlungen dieser Vorkonferenz mit großem Skepti-
zismus entgegen und betrachtet das Ganze nur als einen "Tastversuch",
der kaum ein praktisches Ergebnis haben könne. Selbstverständlich
ist die Nachricht aus London, wonach Deutschland sofort eine
" A n z a h l u n g von 16 Milliarden Goldfranken", also über
160 Milliarden deutschen Geldes, zahlen sollte, nicht dazu angetan,
die Hoffnung auf eine Verständigung zu erhöhen. Man denke: Das
Deutschland, dessen Jahresrechnung mit einem Defizit von rund
50 Milliarden abschließt und welches eine Gesamtschuld von gegen
400 Milliarden hat, worunter über 70 Milliarden völlig ungedeckte
flottante Notenschuld, soll weitere 160 Milliarden effektiv zahlen!
Der Wahnsinn dieser Forderung ist so greifbar, daß man sich fragt,
welchen Zweck man mit der Stellung und Veröffentlichung dieses
Ansinnens verfolgt. Herr Haguenin antwortet darauf, wie er sagt, mit
aufrichtigem Bedauern, daß diese Forderung die Brücke sei, über
welche die französischen Truppen in das Ruhrgebiet geführt werden
sollen. Er ist überzeugt, daß England bei den Londoner Verhandlungen
seinen Willen hinsichtlich der Dinge auf dem Balkan durchgesetzt
und dafür den Franzosen gegen Deutschland wieder einmal freie Hand
gelassen hat. In Deutschland werden die Londoner Beschlüsse noch
wenig beachtet, weil man offenbar nicht recht an die Sache glaubt.
In diesem Zusammenhang mache ich darauf aufmerksam, daß nach Nach-
richten von verschiedenen Seiten die Soviets energisch gegen Polen
rüsteten. Es verlautet, daß die Russen eine große Zahl c h i n e -
s i s c h e r Kulis angeworben hätten, was dadurch möglich geworden

sei, daß in China große Hungersnot herrsche. Ich kann natürlich die Richtigkeit dieser Meldung nicht kontrollieren, wohl aber feststellen, daß hier allgemein damit gerechnet wird, daß die bolschewistische Regierung versuchen werde, über Polen herzufallen. Man befürchtet auch das Zusammentreffen eines solchen Ereignisses mit einem allfälligen Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet und einem Gewaltstreich der vereinigten Polen und Franzosen gegen Oberschlesien. Es läßt sich nicht verkennen, daß aus einem allfälligen Zusammentreffen dieser Möglichkeiten eine Gefahr entstehen würde, die alle andern Sorgen in den Schatten stellen müßte. Ich höre denn auch, daß man in hiesigen kommunistischen Kreisen mit großer Zuversicht auf eine Entwicklung der Ereignisse in obigem Sinne rechnet.

Die Beratung im ständigen **S t e u e r a u s - s c h u ß** des Reichstages über die Frage des beschleunigten Einzuges des **R e i c h s n o t o p f e r s** und die Erhebung einer **Z w a n g s a n l e i h e** kommt nicht vom Flecke, weil der Vertreter der Regierung, Dr. Wirth, eine sehr unbestimmte Haltung einnimmt und nicht entschieden für die Vorlage der Regierung eintritt. Herr Staatssekretär Mösle wiederholte mir gestern, daß die vorgeschlagene Verbindung von Zwangsanleihe mit Notopfer ein "grober Unfug" sei, von dem im Ernste gar nicht die Rede sein könne. Ein Fallenlassen oder auch nur eine Modifikation des bestehenden Notopfergesetzes würde zu so gewaltigen Erschütterungen des ganzen Finanzplanes führen, daß auch daran eigentlich nicht gedacht werden dürfe, aber - so fügte er bei - es scheint nicht ausgeschlossen, daß die Mehrheit des Ausschusses auf diese Lösung verfällt. Welche Wichtigkeit Herr Mösle

- 13 -

diesen Vorgängen beimißt, geht daraus hervor, daß er gestern seinen Abschied eingereicht hat, weil er "die Irrwege der offiziellen Finanz- und Steuerpolitik nicht mit seinem Namen decken will". Nach Mösle kann von einer Zwangsanleihe erst in späterer Zeit und nur insoweit die Rede sein, als gewisse Teile des Einkommens, recte des Gewinnes zur Zwangsanleihe herangezogen werden. Gegen eine Anleihe im gegenwärtigen Augenblick macht Herr Mösle auch die grundsätzliche Erwägung geltend, daß eine solche Auflage überhaupt nur denkbar sei, wenn der Staat wieder einen gewissen Kredit genieße, eine Voraussetzung, die im gegenwärtigen Augenblick keineswegs zutreffe. Ich glaube aus diesen Mitteilungen den Schluß ziehen zu sollen, daß noch einige Zeit vergehen wird, bis die Vorlage betreffend den beschleunigten Einzug des Notopfers zur Verabschiedung gelangen wird und es erscheint mir keineswegs als ausgeschlossen, daß man an der Vorlage der Regierung erhebliche Modifikationen vornehmen wird, um dadurch den Weg zu einer späteren Zwangsanleihe zu ebnen.

Im Vordergrund aller Erörterungen steht natürlich die Entwicklung der Abstimmungskampagne in Oberschlesien. Entgegen meinen früheren Meldungen, die sich auf Berichte des Staatskommissärs stützten, muß ich mitteilen, daß die Klagen über das parteiische Verhalten der Besatzungstruppen und der Plebiscitkommission wieder zunehmen und daß der Eindruck nicht mehr besteht, als wäre Frankreich damit einverstanden, daß Oberschlesien bei Polen verbleibe.

- 14 -

Der Staatskommissär berichtet heute folgendes über die russische Propaganda in Oberschlesien:

"Die Propaganda der Polen in Oberschlesien wird mit außerordentlicher Rührigkeit weitergetrieben. Ein Heer von Agitatoren geht von Haus zu Haus und sammelt in Abstimmungslisten, teilweise unter falschen Angaben, Stimmen für die Polen. Mit größter Energie sucht die Propagandaleitung auf das Schulwesen Einfluß zu gewinnen. Freie Lehrerstellen, die von ihren bisherigen Inhabern infolge des polnischen Terrors verlassen worden waren, wurden mit erstaunlicher Schnelligkeit durch polnische Studenten besetzt. In mehreren Ortschaften wurde polnischer Unterricht außerhalb der Schulzeit erteilt. Eifrig wird auch die Sammlung und Organisation der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen betrieben. In Beuthen wurden in einem für diese Zwecke neuerworbenen Hause eine Werkstatt für Kriegsbeschädigte und eine polnische Auskunftstelle eingerichtet. Ferner wurden Konsumvereine für die Kriegsbeschädigten gegründet. Um dem Deutschen Reichsverbande für Kriegsbeschädigte entgegenzuarbeiten, wurden Kriegsverletzte und ehemalige Kriegsgefangene in größter Anzahl als Agenten benutzt. Sie mußten den Leuten vorreden, daß sie durch den sicheren Bankerott Deutschlands ihre Bezüge verlieren würden, während die polnische Regierung für die Weiterzahlung der Bezüge bürgte."

- 15 -

Daß die Polen diese Propaganda zu betreiben suchen, ist ja ganz verständlich, aber daß sie darin durch die Besatzungsbehörden unterstützt werden, indem man den Deutschen jeden Schutz gegen Vergewaltigung versagt, ist bedauerlich. In Berlin und wohl auch im übrigen Deutschland hat inzwischen die Propaganda für Oberschlesien sehr stark eingesetzt: Es handelt sich darum, die im Reiche wohnenden Oberschlesier zur Urne zu treiben und die großen Geldmittel zu beschaffen, deren es bedürfen wird, um diese Leute an den Abstimmungsort zu verbringen.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die
Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:

Blumenthal

Beilagen erw.

Nachschrift.

Nachdem das Vorstehende schon geschrieben war, ist mir der Lagebericht des Staatskommissärs vom 7.1.M. zu Gesicht gekommen, welcher eine Notiz enthält über einen drohenden Streik bei den Eisenbahnern, von der ich Ihnen doch noch Kenntnis geben möchte. Der Staatskommissär schreibt was folgt:

Sef. Handen

"Nachdem der Hauptausschuß des Reichstages eine Erhöhung der Bezüge der Eisenbahner in der gewünschten Form abgelehnt und lediglich eine Kinderzulage bewilligt hat, ist die Stimmung bedrohlich umgeschlagen. Damit ist auch wieder den linksradikalen Hetzern Tür und Tor in der Bewegung geöffnet. Wie vor einigen Tagen berichtet, waren sie in Berlin bereits eifrigst an der Arbeit. Die Verhandlungen im Plenum des Reichstags werden die Entscheidung bringen. Werden auch dort die Forderungen der Eisenbahner nicht in weitgehender Weise berücksichtigt, so ist mit einem Aufruf zum Streik zu rechnen. Möglich, daß der Hinweis auf die tatsächlich kaum zu ertragende Belastung des Reiches, die sich aus Bewilligung der Forderungen ergeben würde, und der Appell an die altbewährte Opferfreudigkeit der Beamten die Gefahr noch einmal beschwören, wohl möglich aber auch, daß es zum Streik kommt. Was ein solcher mit seinen wahrscheinlichen Folgeerscheinungen für eine nicht zu übersehende Bedeutung haben würde, ist wiederholt hier ausgeführt worden."

D. O.